



Ergebnisbericht

des Inklusions-Monitors 2024

im Auftrag des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Auftragnehmerin

INSA-CONSULERE GmbH

Herr Hermann Binkert

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel: +49 361 380 395 70

Fax: +49 361 64 43 111

Projektbeschreibung

Im Auftrag des Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen wurde 2016 ein Inklusions-Monitor in Thüringen ins Leben gerufen. In landesweiten Erhebungen in den Jahren 2016 bis 2023 wurden die Thüringer zu verschiedenen Aspekten rund um die Thematik „Menschen mit Behinderungen“ befragt. Um fortlaufend Veränderungen im Meinungsbild der Thüringer Bevölkerung zu erheben, wurde auch im Jahr 2024 der Inklusions-Monitor durchgeführt. Der Inklusions-Monitor besteht aus einem allgemeinen Teil, der jedes Jahr gleichermaßen abgefragt wird, und einem thematischen Schwerpunkt-Teil. Dieser Schwerpunkt ist im Jahr 2024 „Pflege“.

Methodik

Für den Inklusions-Monitor 2024 wurde eine bevölkerungsrepräsentative Telefon- und Online-Befragung mit insgesamt 1.000 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren durchgeführt. Der Erhebungszeitraum lag zwischen dem 30.10.2024 und dem 05.11.2024.

Von den 1.000 befragten Personen haben 188 (18,8 %) angegeben, selbst eine Behinderung zu haben. 415 (41,5 %) geben an, Menschen mit Behinderung im Familien- oder Freundeskreis zu haben.

Hinweis: Wenn nicht anders angegeben, beziehen sich alle Anteile auf alle 1.000 Befragten bzw. auf die jeweiligen Fallzahlen der Monitore in den vergangenen Jahren.

Im Inklusions-Monitor 2016 nahmen zwischen dem 15.11.2016 und dem 23.11.2016 1.002 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch.

Im Inklusions-Monitor 2017 nahmen zwischen dem 20.11.2017 und dem 24.11.2017 1.007 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch.

Im Inklusions-Monitor 2018 nahmen zwischen dem 14.11.2018 und dem 26.11.2018 1.015 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2019 nahmen zwischen dem 12.08.2019 und dem 19.08.2019 1.009 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2020 nahmen zwischen dem 09.11.2020 und dem 17.11.2020 1.042 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2021 nahmen zwischen dem 30.10.2021 und dem 08.11.2021 1.122 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2022 nahmen zwischen dem 03.11.2022 und dem 14.11.2022 1.000 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Im Inklusions-Monitor 2023 nahmen zwischen dem 06.11.2023 und dem 13.11.2023 1.000 Personen aus Thüringen ab 18 Jahren teil. Befragt wurde telefonisch und online.

Allgemeiner Teil

Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?

Wie jedes Jahr wurden die Befragten gebeten, anzugeben, welche Wörter sie mit Menschen mit Behinderungen assoziieren.

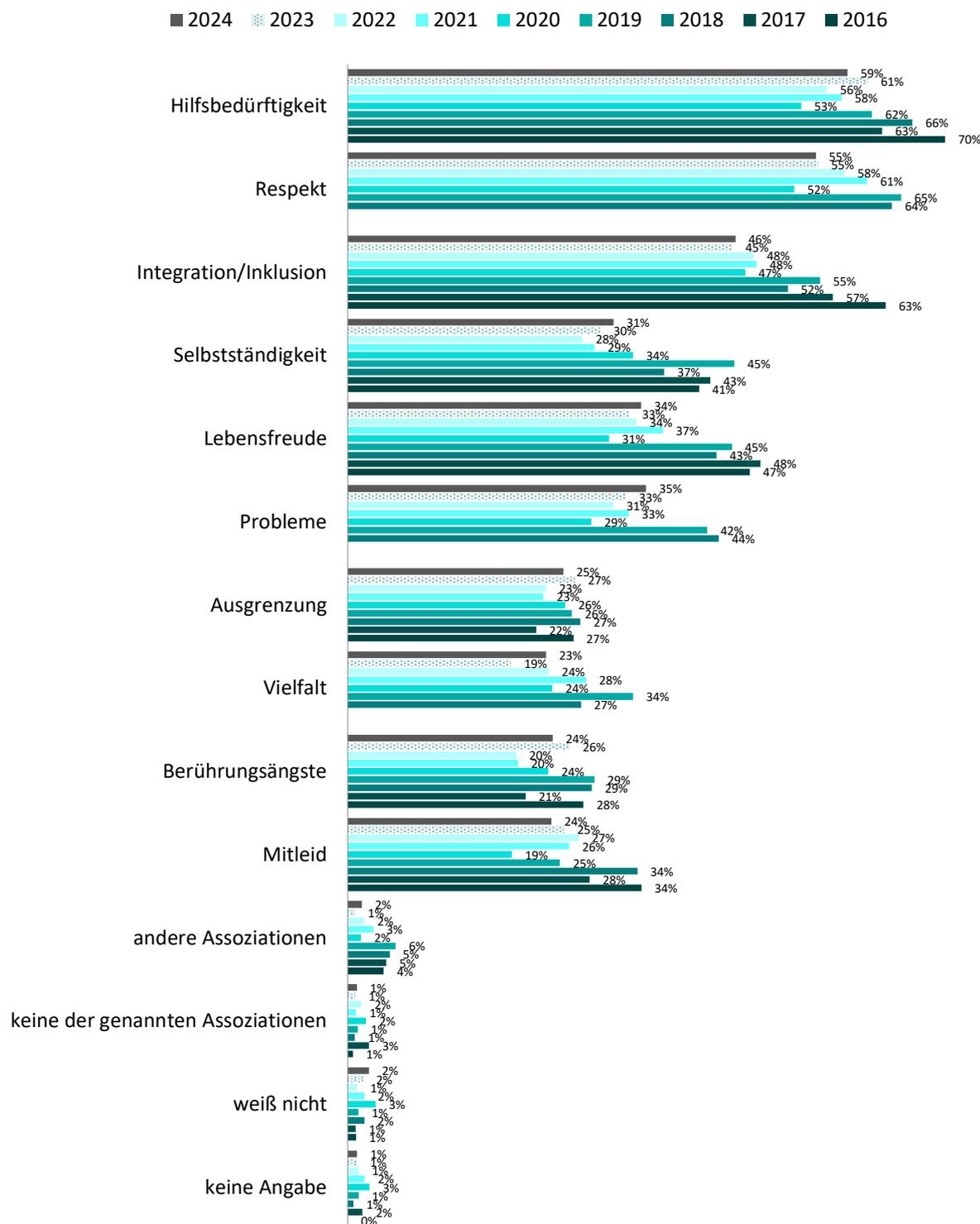


Abbildung 1: "Wenn Sie an Menschen mit einer Behinderung denken, welche der folgenden Wortassoziationen empfinden Sie als zutreffend?", nach Ergebnissen 2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017 und 2016, Mehrfachantworten möglich

Genau wie im Jahr 2023 wird auch bei der aktuellen Erhebung am häufigsten „Hilfsbedürftigkeit“ mit Menschen mit Behinderungen assoziiert (59 %). Der Begriff „Respekt“ (55 %) bleibt unverändert an zweiter und „Integration/Inklusion“ (46 %) an dritter Stelle. Am vierthäufigsten wird in diesem Jahr „Probleme“ assoziiert. Mit 35 Prozent an Nennungen wird dieser Aspekt um zwei Prozentpunkte häufiger genannt und tauscht so mit dem letztjährigen Rang vier „Lebensfreude“ den Platz (von 33 auf 34 %), der nun wiederum auf der fünften Position liegt. Entsprechend folgt nun „Selbständigkeit“ auf Rang sechs (von 30 auf 31 %), vor „Ausgrenzung“ (von 27 auf 25 %), „Berührungsängste“ (von 26 auf 24 %), Mitleid (von 25 auf 24 %) und „Vielfalt“ (von 19 auf 23 %). Auf andere Assoziationen entfallen zwei und auf keine Assoziationen ein Prozent an Nennungen. Zwei Prozent wissen keine Einschätzung und ein Prozent will dazu keine geben.

Betrachtet man die Befragten mit eigener Behinderung, so zeigt sich, dass jene, die durch eigene Behinderung eingeschränkt sind, die Begriffe „Hilfsbedürftigkeit“ (69 zu 57 %), „Ausgrenzung“ (35 zu 16 %), „Berührungsängste“ (31 zu 17 %) deutlich häufiger und „Lebensfreude“ (46 zu 40 %) sowie „Mitleid“ (32 zu 26 %) häufiger anführen, wohingegen Umfrageteilnehmer, welche durch ihre eigene Behinderung nicht eingeschränkt sind, deutlich öfter „Integration/Inklusion“ (55 zu 41 %) und „Selbstständigkeit“ (48 zu 36 %) und öfter „Vielfalt“ (33 zu 25 %) mit Menschen mit Behinderungen assoziieren.

Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?

Wie schon in den Jahren zuvor wurde auch 2024 die Zustimmung bzw. Ablehnung zu verschiedenen allgemeinen Aussagen zu Menschen mit Behinderungen abgefragt.

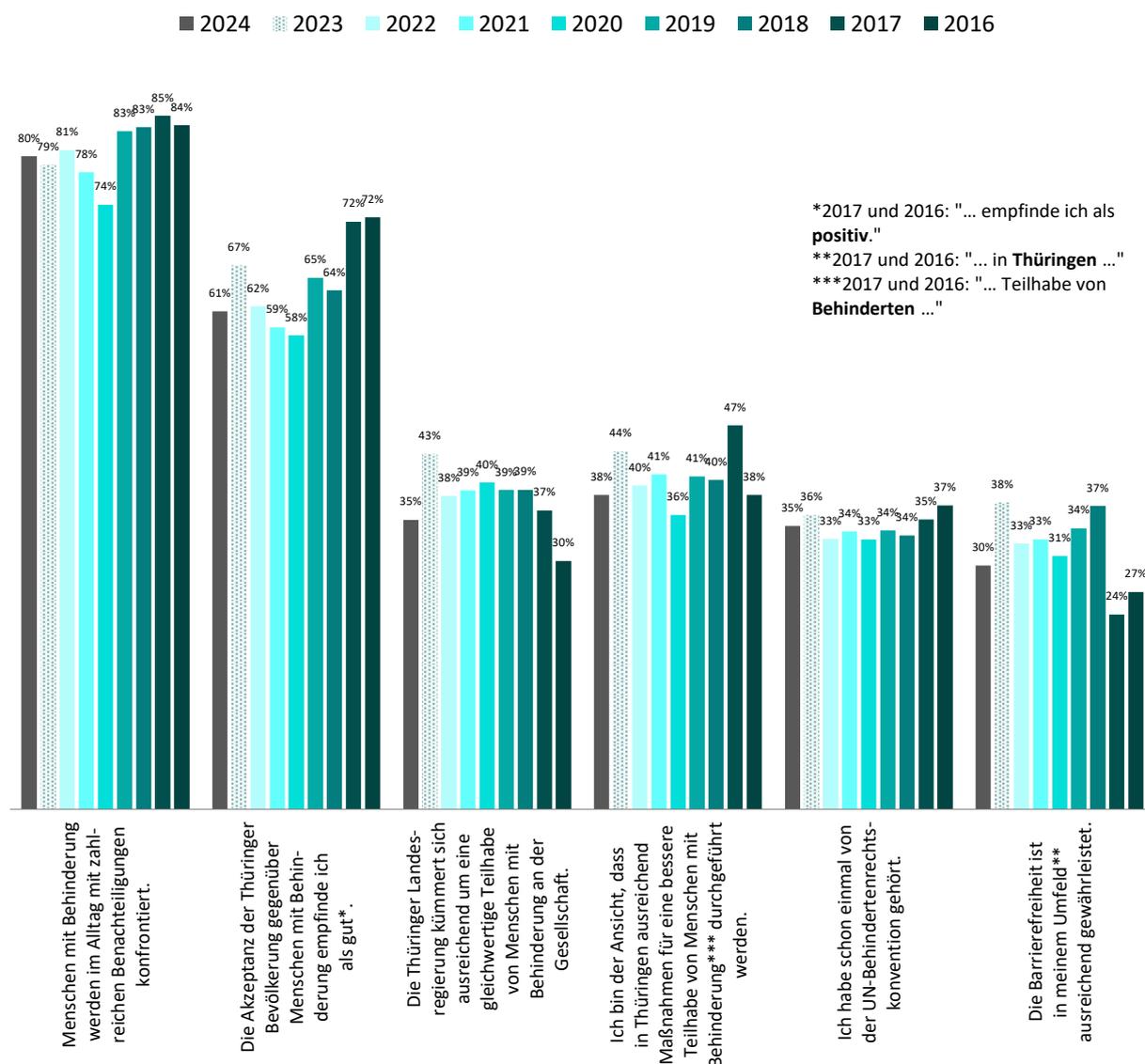


Abbildung 2: "Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?", nach Ergebnissen 2024, 2023, 2022, 2021, 2020, 2019, 2018, 2017 und 2016

Dass Menschen mit Behinderungen im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert werden, meint auch in diesem Jahr eine absolute Mehrheit der Befragten. Diese ist im Vergleich zum Vorjahr von 79 auf 80 Prozent leicht gestiegen. Ebenfalls eine Mehrheit von 61 Prozent empfindet die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderungen als gut. Dieser Wert ist im Vergleich zu 2023 um sechs Prozentpunkte gesunken. Auch bei den restlichen Aussagen ist die Zustimmung der Befragten im Vergleich zum Vorjahr jeweils nach unten gegangen: Bei der Aussage „Die Thüringer Landesregierung kümmert sich ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft.“ sinkt die Zustimmung von 43 auf 35 Prozent, bei „Ich bin der Ansicht, dass in Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden.“ von 44 auf 38 Prozent, bei „Ich habe schon einmal von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört.“ von 36 auf 35 Prozent und bei „Die Barrierefreiheit ist in meinem Umfeld ausreichend gewährleistet.“ von 38 auf 30 Prozent.

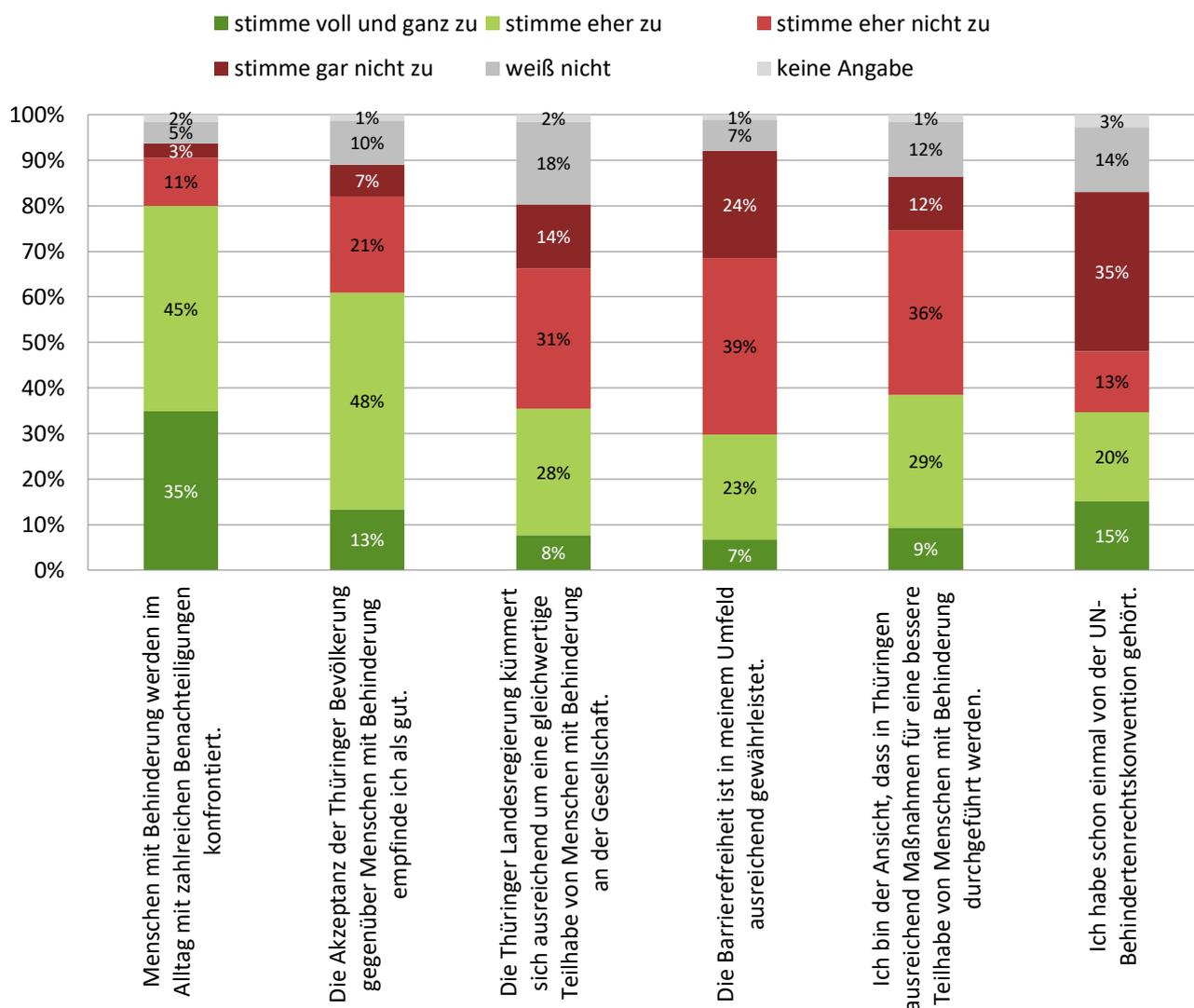


Abbildung 3: „Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?“

Wie bereits dargelegt, glaubt die absolute Mehrheit der Befragten, dass Menschen mit Behinderungen im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert werden. 35 Prozent stimmen hier voll und ganz und 45 Prozent eher zu (80 %, kumuliert). Demgegenüber stehen lediglich elf Prozent, die dies eher und nur drei Prozent, die dies gar nicht so sehen (14 %, kumuliert). Fünf Prozent wissen hier keine Einschätzung abzugeben und zwei Prozent geben keine. Dass die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung gut ist, meint ebenfalls die Mehrheit: 13 Prozent stimmen hier voll und ganz und 48 Prozent eher zu. Mit 28 Prozent geben hier mehr Befragte an, dass sie dieser Aussage eher (21 %) oder gar nicht (7 %) zustimmen. Unwissend zeigen sich hier zehn Prozent der Befragten und ein Prozent macht hierzu keine Angabe. Eine relative Mehrheit (45 %, kumuliert) glaubt derzeit nicht, dass sich die Thüringer Landesregierung ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft kümmert (31 % eher und 14 % gar nicht). Dagegen stimmen 36 Prozent (kumuliert) hier eher (28 %) oder voll und ganz (8 %) zu. Hier können oder wollen mit 20 Prozent (kumuliert) relativ viele Befragte keine Einschätzung abgeben. Beim Thema Barrierefreiheit stimmt die absolute Mehrheit von 63 Prozent (kumuliert) der Befragten nicht zu (39 % eher und 24 % gar nicht), dass diese in ihrem Umfeld ausreichend gewährleistet ist. Lediglich 30 Prozent (kumuliert) der Umfrageteilnehmer (23 % eher und 7 % voll und ganz) ist hier gegenteiliger Meinung, sieben Prozent wissen keine Antwort und ein Prozent gibt keine. Bei der Aussage „Ich bin der Ansicht,

dass in Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung durchgeführt werden.“ überwiegt relativ-mehrheitlich die Ablehnung (48 %, kumuliert), wobei 36 Prozent hier eher und zwölf Prozent gar nicht zustimmen. 29 Prozent bejahen dies hingegen eher und neun Prozent voll und ganz (38 %, kumuliert). 13 Prozent (kumuliert) trauen sich keine Antwort zu. Schlussendlich hat eine relative Mehrheit von 48 Prozent (kumuliert) eher (13 %) oder noch gar nicht (35 %) von der UN-Behindertenrechtskonvention gehört. Weitere 35 Prozent (kumuliert) der Befragten geben hingegen an, dass sie davon schon gehört haben (20 % eher und 15 % voll und ganz). 14 Prozent können und drei Prozent wollen hierzu keine Auskunft erteilen.

Wirft man einen Blick auf die Menschen mit Behinderungen, wird deutlich, dass sowohl jene, die durch eine eigene Behinderung eingeschränkt sind, als auch jene, die durch ihre eigene Behinderung nicht eingeschränkt sind, absolut-mehrheitlich der Meinung sind, dass Menschen mit Behinderungen im Alltag mit zahlreichen Benachteiligungen konfrontiert werden, geben dies erstere noch einmal häufiger so an als dies bei letzteren der Fall ist (86 zu 78 %). Diese geben entsprechend öfter das Gegenteil an (19 zu 11 %). Die Akzeptanz der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Behinderung empfinden wiederum Befragte, welche durch eine eigene Behinderung nicht eingeschränkt sind, häufiger als gut (68 zu 62 %). Jedoch überwiegt bei beiden Gruppen dieser Anteil jeweils absolut-mehrheitlich. Befragte, die durch eine eigene Behinderung eingeschränkt sind, stimmen hier indes öfter nicht zu (30 zu 24 %).

Dass sich die Thüringer Landesregierung ausreichend um eine gleichwertige Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft kümmert, sind Befragte mit eigener Behinderung absolut-mehrheitlich und jene ohne eigene Behinderung relativ-mehrheitlich nicht der Meinung (55 zu 43 %). Letztere stimmen hier wiederum öfter zu (36 zu 31 %), wissen aber auch häufiger keine Antwort abzugeben oder geben keine (21 zu 14 %).

Was die Barrierefreiheit angeht, so geben beide Geschlechtergruppen absolut-mehrheitlich an, dass diese in ihrem Umfeld nicht ausreichend gewährleistet ist. Dieser Anteil fällt aber bei weiblichen Befragten deutlich höher als bei ihren männlichen Pendanten aus (67 zu 57 %). Letztere stimmen der Aussage indes öfter zu (34 zu 26 %). Auch bei beiden Wohnumgebungsgruppen zeigt sich absolut-mehrheitlich eine Ablehnung, wobei Befragte, die ländlich wohnen, die noch einmal öfter so angeben als jene, die städtisch wohnen (66 zu 58 %). Entsprechend geben letztere häufiger an, dass die Barrierefreiheit in ihrem Umfeld ausreichend gewährleistet ist (35 zu 26 %). Eine ausreichende Barrierefreiheit konstatieren auch Befragte der Oberschicht deutlich häufiger als jene der Mittel- sowie der Unterschicht (49 zu 22 bzw. 31 %). Insgesamt sind diese aber gespalten (49 % stimme zu und 47 % stimme nicht zu), wohingegen sowohl Unter- als auch Mittelschichtler (65 bzw. 64 %) hier jeweils absolut-mehrheitlich verneinen. Obgleich sowohl Befragte mit Pflegegrad als auch jene ohne absolut-mehrheitlich keine ausreichende Gewährleistung der Barrierefreiheit feststellen können (53 bzw. 64 %), geben jene mit Pflegegrad deutlich häufiger an, dass diese in ihrem Umfeld gewährleistet ist (42 zu 28 %).

Während befragte Frauen absolut-mehrheitlich und somit häufiger als Männer nicht die Ansicht vertreten, dass in Thüringen ausreichend Maßnahmen für eine bessere Teilnahme von Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden (51 zu 44 %), sind letztere diesbezüglich geteilter Ansicht (je 44 % stimme zu bzw. stimme nicht zu) und sagen folglich deutlich häufiger, dass es genug Maßnahmen implementiert werden (44 zu 34 %). Wirft man einen Blick auf die Befragten mit und ohne eigene Behinderung, wird deutlich, dass beide Gruppen mehrheitlich die Maßnahmen als nicht ausreichend empfinden, wobei erstere dies noch einmal deutlich häufiger so angeben (56 zu 46 %). Befragte ohne eigene Behinderung sind entsprechend häufiger vom Gegenteil überzeugt (40 zu 34 %). Umfrageteilnehmer, die indes durch ihre Behinderung eingeschränkt sind, sagen deutlich häufiger als jene, die dadurch nicht eingeschränkt sind, dass in Thüringen ausreichend

Maßnahmen für bessere Teilhabe umgesetzt werden (36 zu 26 %). Jedoch überwiegt bei diesen beiden Gruppen jeweils absolut-mehrheitlich der Anteil derer, welche hier nicht zustimmen (54 bzw. 64 %).

Befragte mit eigener Behinderung haben öfter als jene ohne eigene Behinderung schon einmal von der UN-Behindertenkonvention gehört (41 zu 33 %), geben aber knapp relativ-mehrheitlich an, dass sie davon bisher noch nicht gehört haben, was jene ohne eigene Behinderung absolut-mehrheitlich und noch einmal öfter so angeben (50 zu 44 %). Umfrageteilnehmer mit Pflegegrad geben sogar relativ-mehrheitlich und folglich deutlich öfter als diejenigen ohne Pflegegrad an, dass sie von dieser Konvention schon gehört haben (47 zu 33 %). Letztere stimmen hier wiederum relativ-mehrheitlich nicht zu (49 %). Das Gleiche zeigt sich bei den Befragten mit Behinderung im Familien- oder Freundeskreis: Diese sagen relativ-mehrheitlich, dass sie schon von der Konvention gehört zu haben (45 %), wohingegen Umfrageteilnehmer, welche keine Behinderung im Familien- oder Freundeskreis haben, hier absolut-mehrheitlich verneinen (54 %).

Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?

Ein Fünftel (20 %) der Befragten gibt an, den Begriff Inklusion nicht zu kennen. Dies ist fünf Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Weitere 22 Prozent geben an, dass sie die Bedeutung dieses Begriffes nicht erläutern können und weitere drei Prozent wollen dazu keine Auskunft tätigen. Somit gibt die absolute Mehrheit (54 %) an, was der Begriff Inklusion für sie bedeutet.

Für die sehr deutliche Mehrheit von 74 Prozent derer, welche eine Bedeutungsmöglichkeit angegeben haben, bedeutet der Begriff Inklusion das Zusammenleben und -wirken von Menschen mit und ohne Behinderung bzw. Teilhabe allgemein oder Integration. 17 Prozent der Angaben entfallen auf die Kategorie „Chancengleichheit / Gleichberechtigung“, sieben Prozent auf Schaffung der Strukturen für Menschen mit Behinderungen und jeweils sechs Prozent auf Teilhabe am Arbeitsmarkt bzw. im Bildungsbereich. Weitere vier Prozent entfallen auf Wertschätzung, Akzeptanz bzw. Respekt bezüglich Menschen mit Behinderungen. Drei Prozent der Angaben lassen sich nicht zu einer der genannten Kategorien zuordnen. Ein Prozent versteht den Begriff wörtlich bzw. falsch.

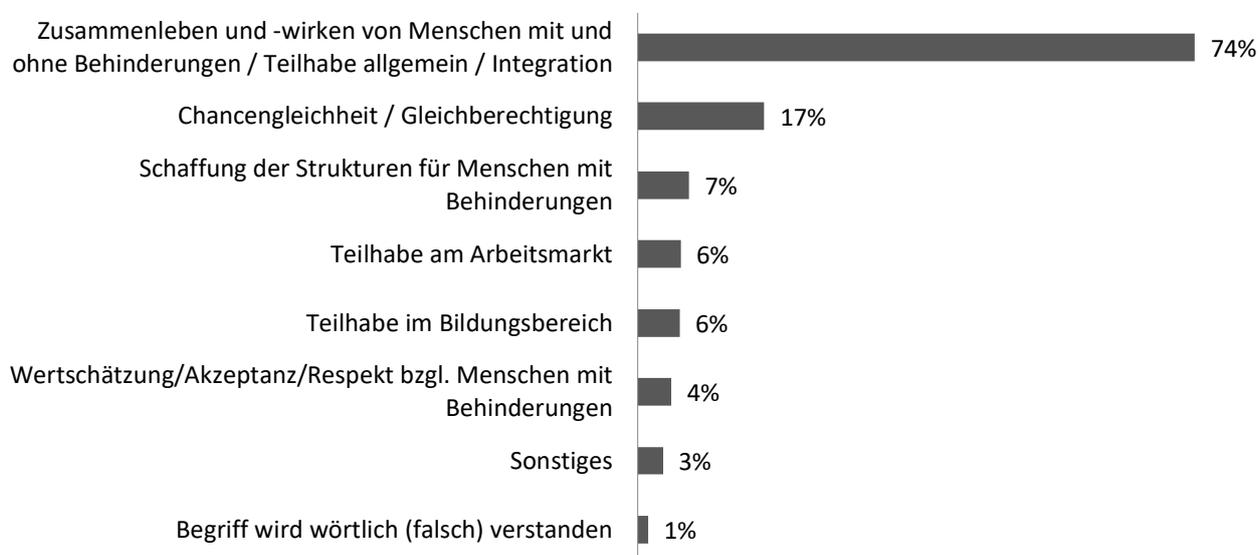


Abbildung 4: „Was bedeutet der Begriff der Inklusion für Sie?“, offene Nennungen, n = 542 Mehrfachantworten möglich

Bei der Betrachtung der Angaben aufgeschlüsselt nach der Wohnumgebung zeigt sich, dass Befragte, die städtisch wohnen, Zusammenleben und -wirken von Menschen mit und ohne

Behinderungen häufiger anführen als jene, die im ländlichen Raum wohnhaft sind (77 zu 72 %). Letztere führen indes Chancengleichheit bzw. Gleichberechtigung öfter an (20 zu 13 %). Die restlichen Kategorien werden in etwa gleich häufig angegeben – die Differenzen übersteigen nicht die Vier-Prozent-Marke.

Können Sie mir ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?

Etwa ein Drittel (32 %) der befragten Thüringer kann ein Beispiel für eine funktionierende Inklusions-Maßnahme oder für gute Barrierefreiheit in ihrem Umfeld nennen. Drei Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2023. 47 Prozent verneinen hier hingegen. 18 Prozent können und zwei Prozent wollen hierzu keine Auskunft erteilen.

Von den genannten Beispielen fallen die häufigsten Antworten in die Kategorie „Barrierefreiheit im Alltag“ (37 %). Deutlich abgeschlagen folgen Integrative Schulen, KiTas und anderen speziellen Bildungseinrichtungen mit fast einem Viertel (23 %) an Nennungen. Jeweils 15 Prozent führen hier Integration am und durch den Arbeitsplatz bzw. Behindertenwerkstätten, Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen und bei Kulturangeboten sowie Barrierefreiheit in der Mobilität an. Von vier weiteren Prozent wird die Barrierefreiheit in der Wohnsituation genannt und zwei Prozent der genannten Beispiele lassen sich keiner Kategorie zuordnen.

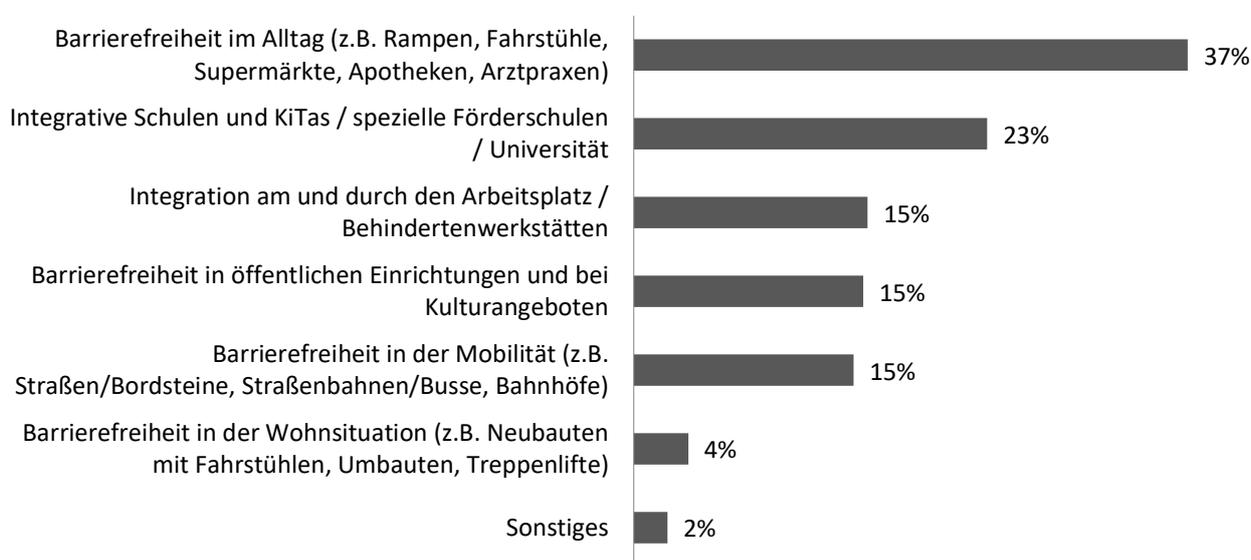


Abbildung 5: Können Sie mir ein Beispiel für funktionierende Inklusions-Maßnahmen oder gute Barrierefreiheit in Ihrem Umfeld nennen?, offene Nennungen, n = 310, Mehrfachantworten möglich

Auffällig ist, dass weibliche Befragte deutlich häufiger Beispiele aus dem Bildungsbereich (Schulen, KiTas, Förderschulen, Universitäten) nennen (31 zu 15 %), wohingegen Männer deutlich häufiger Beispiele für funktionierende Inklusions-Maßnahmen im Alltag (42 zu 32 %) sowie in öffentlichen Einrichtungen (21 zu 9 %) und leicht öfter in der Mobilität (17 zu 13 %) angeben. Schaut man sich die Wohnumgebungsgruppen, zeigt sich, dass Befragte aus dem ländlichen Raum öfter die Beispiele für die Barrierefreiheit im Alltag (40 zu 31 %) und deutlich öfter Integrative Schulen und KiTas (27 zu 17 %) heranzuführen, während Städter häufiger Barrierefreiheit in der Wohnsituation in ihrem Umfeld wahrgenommen haben (20 zu 11 %). Umfrageteilnehmer mit eigener Behinderung geben Beispiele für die Barrierefreiheit im Alltag deutlich häufiger als jene ohne eigene Behinderung an (44 zu 34 %). Letztere nennen indes Integrative Schulen und KiTas (25 zu 18 %) sowie Mobilität (16 zu 10 %) häufiger.

Schwerpunkt-Teil „Pflege“

Im diesjährigen Schwerpunkt-Teil des Inklusionsmonitors sind wir der Frage nachgegangen, wie es um das Thema Pflege bestellt ist.

Pflegen Sie aktuell jemanden aus Ihrem Familien- oder Bekanntenkreis?

In der ersten Frage des diesjährigen Schwerpunkt-Teils wurde erhoben, ob die befragten Thüringer derzeit jemanden aus ihrem Familien- oder Freundeskreis pflegen. Dabei kann festgestellt werden, dass dies aktuell bei 17 Prozent der Befragten der Fall ist. 82 Prozent pflegen niemanden und ein Prozent will diese Frage nicht beantworten.

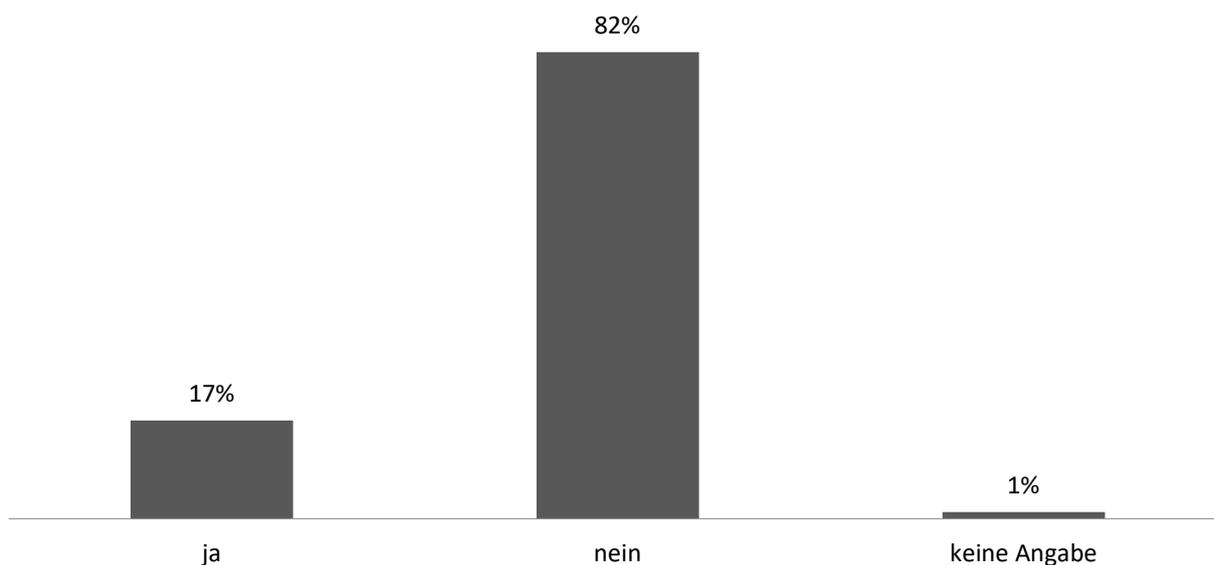


Abbildung 6: „Pflegen Sie aktuell jemandem aus Ihrem Familien- oder Bekanntenkreis?“

Bei der Aufschlüsselung des Antwortverhaltens nach den soziodemografischen Merkmalen wird einerseits ersichtlich, dass Frauen häufiger aktuell in die Pflege eines Angehörigen involviert sind (20 zu 15 %), auch wenn beide Geschlechtergruppen hier absolut-mehrheitlich verneinen (84 bzw. 79 %), und andererseits, dass mit dem Alter der Anteil derer ansteigt, welche derzeit niemanden pflegen (von 65 auf 85 %). Entsprechend geben 18- bis 29-Jährige deutlich häufiger als die älteren Befragten an, dass sie jemanden pflegen (31 zu 14 – 20 %). Weiter zeigt sich, dass Umfrageteilnehmer, welche eine Behinderung im Familien- oder Freundeskreis haben, deutlich häufiger angeben, aktuell jemanden zu pflegen (32 zu 6 %), während jene, auf die es nicht zutrifft, hier nahezu geschlossen verneinen (93 %).

Sind Sie selbst pflegebedürftig?

Lediglich acht Prozent der befragten Thüringer geben an, selbst pflegebedürftig zu sein. Die deutliche Mehrheit von 91 Prozent verneint dies und ein Prozent macht hier keine Angabe.

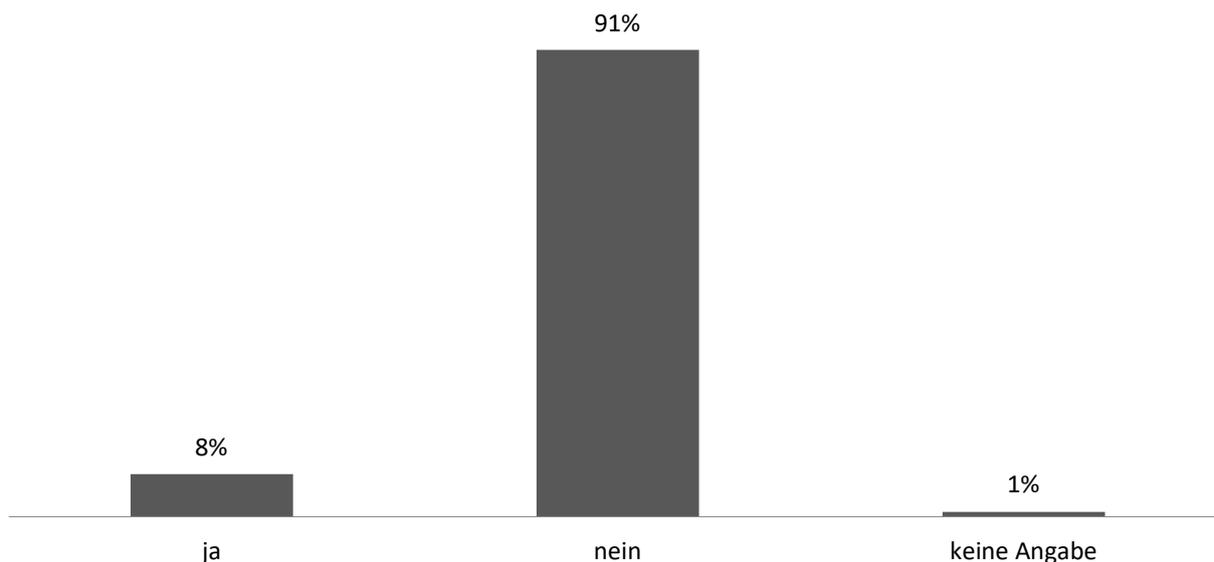


Abbildung 7 „Sind Sie selbst pflegebedürftig?“

Sowohl Befragte mit als auch ohne eigene Behinderung geben jeweils absolut-mehrheitlich an, selbst nicht pflegebedürftig zu sein (64 bzw. 98 %). Erstere bejahen dies hingegen deutlich öfter (35 zu 2 %). Auch Umfrageteilnehmer, welche durch eine eigene Behinderung eingeschränkt sind, sagen deutlich öfter als jene, die durch ihre Behinderung nicht eingeschränkt sind, dass sie pflegebedürftig sind (45 zu 6 %). Bei beiden Befragtengruppen überwiegt allerdings absolut-mehrheitlich der Anteil derjenigen, welche hier das Gegenteil angeben (55 bzw. 92 %).

Fühlen Sie sich über das Thema Pflege alles in allem ausreichend oder nicht ausreichend informiert?

Was den Informationsstand beim Thema Pflege angeht, so gibt gut die Hälfte der Befragten (51 %) an, dass sie sich nicht ausreichend informiert fühlen. 40 Prozent sind wiederum genug informiert. Acht Prozent können und ein Prozent will hierzu keine Einschätzung abgeben.

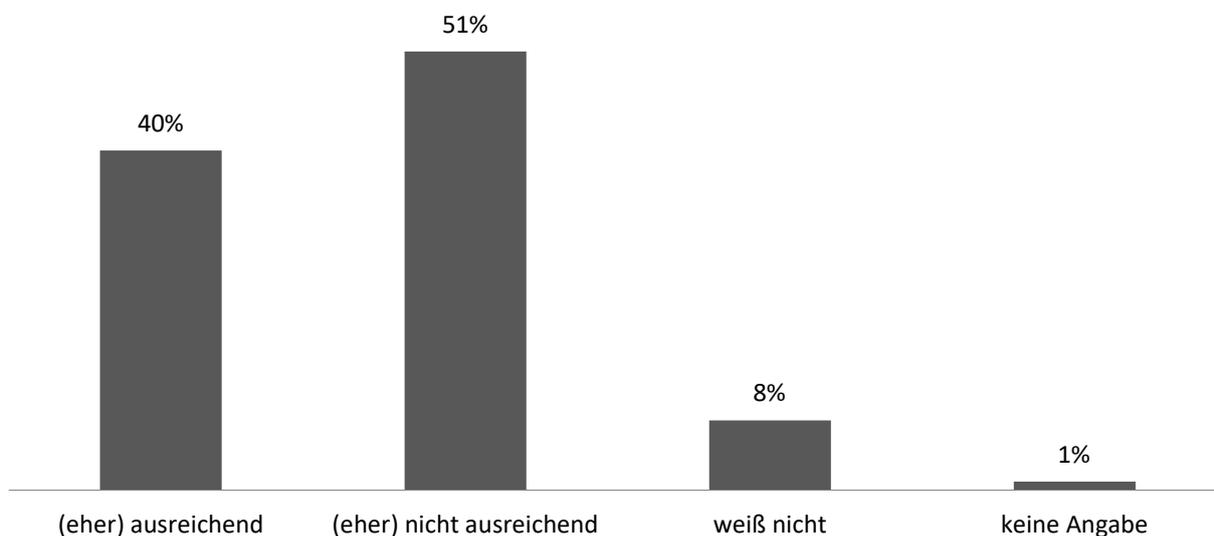


Abbildung 8 „Fühlen Sie sich über das Thema Pflege alles in allem ausreichend oder nicht ausreichend informiert?“

Betrachtet man den ländlichen und den städtischen Raum, wird ersichtlich, dass obgleich beide Wohnumgebungsgruppen mehrheitlich keinen ausreichenden Informationsgrad feststellen können, tun dies Befragte, die ländlich wohnen, seltener als Stadtbewohner (49 zu 54 %). Sie fühlen sich indes öfter als ausreichend über das Thema Pflege informiert (43 zu 36 %). Die Zufriedenheit mit dem Informationsumfang steigt mit dem sozioökonomischen Status der Befragten von 32 Prozent bei den Unterschichtlern bis auf 49 Prozent bei den Oberschichtlern an. Entsprechend umgekehrt verhält es sich bei jenen, welche sich als nicht ausreichend informiert fühlen (von 58 auf 42 %). Dieser Anteil überwiegt sowohl bei den Unter- als auch bei den Oberschichtlern jeweils absolut-mehrheitlich (58 bzw. 52 %). Befragte der Oberschicht geben relativ-mehrheitlich an, dass sie rund um das Thema Pflege ausreichend Informationen besitzen (49 %).

Befragte mit Pflegegrad fühlen sich öfter als jene ohne einen Pflegegrad ausreichend über die Pflege informiert (44 zu 39 %). Insgesamt sind sie aber in der Bewertung ihres Informationsstandes gespalten (44 % ausreichend und 46 % nicht ausreichend). Befragte ohne Pflegegrad sind absolut-mehrheitlich nicht ausreichend informiert diesbezüglich (53 %). Das Gleiche spiegelt sich bei den Umfrageteilnehmern mit Behinderung im Familien- oder Freundeskreis wider – sie fühlen sich deutlich häufiger als jene ohne Behinderung im Familien- oder Freundeskreis ausreichend informiert (47 zu 34 %), sind aber generell geteilter Ansicht (47 % ausreichend und 49 % nicht ausreichend). Umfrageteilnehmer ohne Behinderung im Familien- oder Freundeskreis fühlen sich absolut-mehrheitlich nicht ausreichend informiert (54 zu 49 %), wissen hier aber auch öfter keine Antwort abzugeben (11 zu 4 %).

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie aktuell mit den folgenden Aspekten aus dem Bereich Pflege in Thüringen?

Betrachtet man die einzelnen Aspekte aus dem Bereich Pflege, kann festgehalten werden, dass nahezu alle abgefragten Aspekte negativ eingeschätzt werden, wobei die kumulierten Werte der Unzufriedenheit zwischen 41 Prozent (organisierte Nachbarschaftshilfe) und 57 Prozent (finanzielle Unterstützung für Betroffene) rangieren. Die Ausnahmen bilden hier der Aspekt „Beratungsangebote“, bei dem die Befragten geteilter Ansicht sind (39 % zufrieden zu 37 % unzufrieden, je kumuliert), und „Reha-Maßnahmen“, wo sich die relative Mehrheit zufrieden zeigt (41 %, kumuliert).

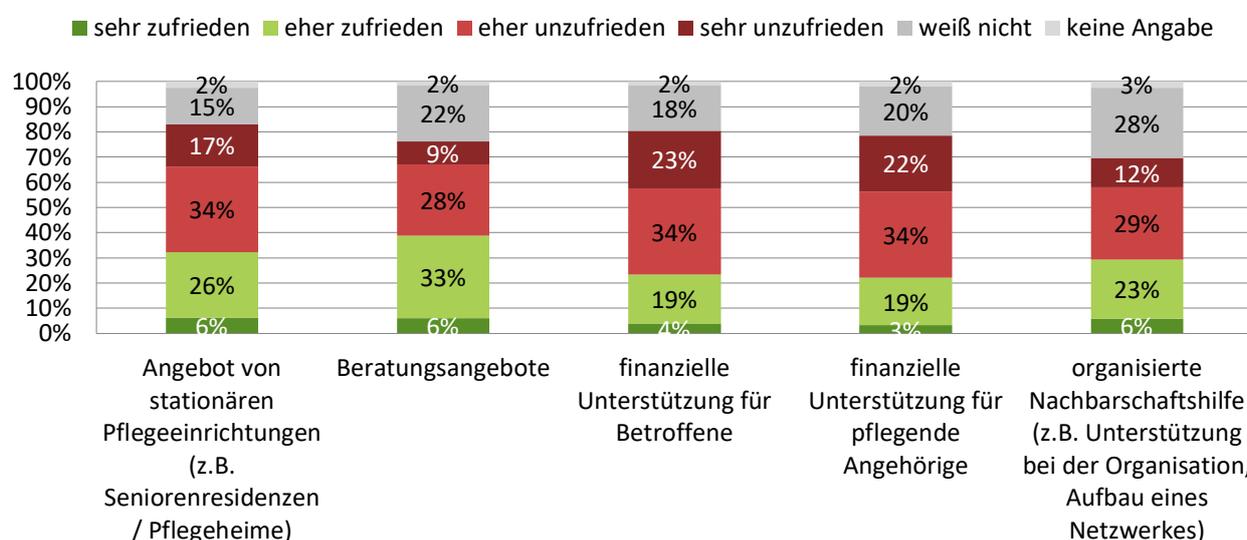


Abbildung 9 „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie aktuell mit den folgenden Aspekten aus dem Bereich Pflege in Thüringen?“

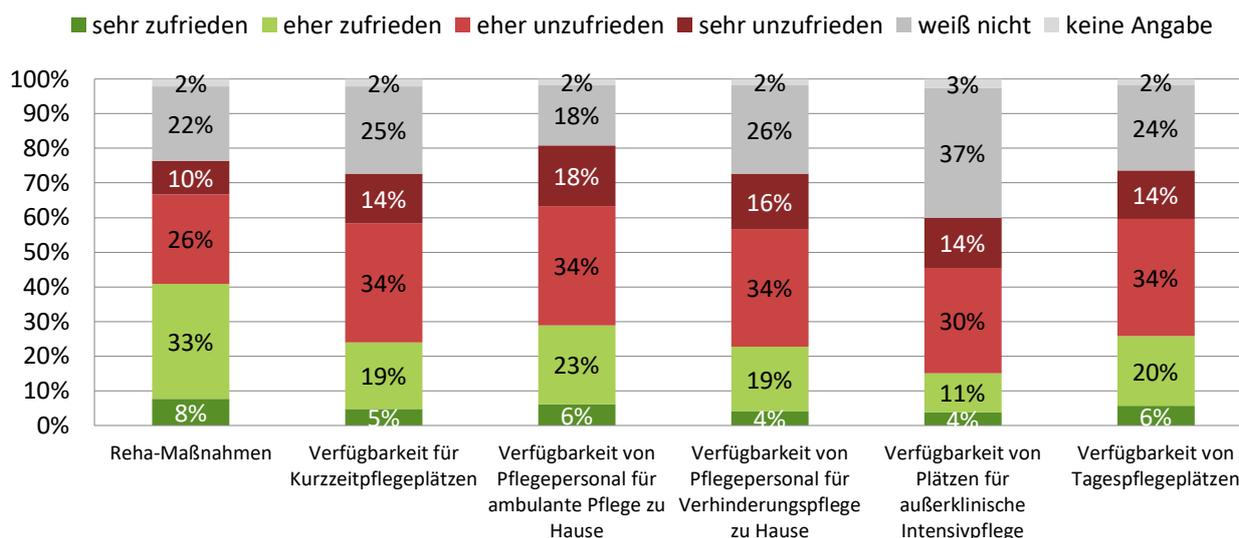


Abbildung 10 „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie aktuell mit den folgenden Aspekten aus dem Bereich Pflege in Thüringen?“

Wirft man den Blick auf die sozioökonomischen Gruppen, zeigt sich, dass je höher sich die Umfrageteilnehmer im sozioökonomischen Gefüge verorten, desto höher fällt ihre Zufriedenheit mit dem Angebot von stationären Pflegeeinrichtungen aus (von 20 auf 45 %). Dieser Anteil überwiegt einzig bei den Oberschichtlern mehrheitlich. Der umgekehrte Verlauf zeichnet sich indes bei denjenigen ab, welche mit diesem Angebot unzufrieden sind (von 61 auf 41 %), wobei dies Befragte der Unter- sowie der Mittelschicht jeweils absolut-mehrheitlich angeben (61 bzw. 50 %). Weiter kann beobachtet werden, dass Befragte, die durch eine Behinderung eingeschränkt sind, öfter mit dem Angebot von stationären Pflegeeinrichtungen zufrieden sind (30 zu 21 %), wobei sowohl diese Gruppe als auch Umfrageteilnehmer, die nicht durch eine Behinderung eingeschränkt sind, absolut-mehrheitlich unzufrieden sind (54 bzw. 61 %).

Beim Aspekt „Beratungsangebote“ wiederholt sich der sozioökonomische Trend von oben erwähntem Aspekt – mit steigendem Status nimmt die Zufriedenheit zu (von 30 auf 54 %). Befragte der Mittelschicht zeigen sich dabei knapp relativ-mehrheitlich (40 %) und jene der Oberschicht absolut-mehrheitlich (54 %) zufrieden. Unterschichtler sind mit diesen Beratungsangeboten indes relativ-mehrheitlich unzufrieden (47 %).

Mit der finanziellen Unterstützung für Betroffene zeigen sich einzig Befragte, welche sich der Oberschicht zugehörig fühlen, relativ-mehrheitlich und deutlich öfter als die beiden anderen sozioökonomischen Gruppen zufrieden (46 zu je 21 %). Letztere geben wiederum absolut-mehrheitlich und somit deutlich häufiger das Gegenteil an (62 bzw. 59 zu 39 %). Betrachtet man die Befragten mit eigener Behinderung, so wird ersichtlich, dass jene, die durch eine Behinderung eingeschränkt sind, deutlich öfter mit der finanziellen Unterstützung für Betroffene zufrieden sind (30 zu 20 %), während jene, die nicht eingeschränkt sind, häufiger eine Unzufriedenheit äußern, wobei aber beide Gruppen letzteres absolut-mehrheitlich angeben (67 zu 61 %). Auch Befragte mit einem Pflegegrad sagen deutlich öfter als jene ohne Pflegegrad, dass sie mit dieser Unterstützung zufrieden sind (40 zu 21 %). Nichtsdestotrotz sprechen beide Befragtengruppen absolut-mehrheitlich eine Unzufriedenheit aus, wobei bei Befragten ohne Pflegegrad dieser Anteil noch einmal höher ausfällt (58 zu 52 %). Sie wissen hier aber auch deutlich häufiger keine Antwort abzugeben oder geben keine (20 zu 9 %).

Die Zufriedenheit mit der finanziellen Unterstützung für pflegende Angehörige wächst ebenfalls mit dem sozioökonomischen Status von lediglich 14 Prozent bei den Befragten der Unterschicht bis

auf 38 Prozent bei jenen der Oberschicht. Der umgekehrte Verlauf zeigt sich indes bei jenen, welche das Gegenteil angeben (von 61 auf 45 %). Jedoch überwiegt über alle Gruppen hinweg der Anteil derer, welche sich hier unzufrieden zeigen. Weiter kann aufgezeigt werden, dass Betroffene tendenziell häufiger zufrieden sind als Nichtbetroffene: So geben Befragte, die selbst durch eine Behinderung eingeschränkt sind, deutlich öfter an, dass sie mit dieser Unterstützung zufrieden sind (25 zu 11 %). Nichtsdestotrotz sind beide Befragtengruppen absolut-mehrheitlich unzufrieden, wobei jene, die nicht durch eine Behinderung eingeschränkt sind, dies noch einmal öfter so angeben (65 zu 57 %). Auch Umfrageteilnehmer mit einem Pflegegrad zeigen sich deutlich öfter mit der Unterstützung für pflegende Angehörige zufrieden (32 zu 21 %). Jene ohne Pflegegrad geben indes deutlich häufiger an, dass sie dies nicht sind (58 zu 46 %). Allerdings überwiegt bei beiden Befragtengruppen der Anteil der Unzufriedenen.

Was organisierte Nachbarschaftshilfe betrifft, sind einzig Befragte, welche sich der Oberschicht zugehörig fühlen, mit dieser absolut-mehrheitlich zufrieden (51 %), während sowohl bei Befragten der Unter- (46 %) als auch der Mittelschicht (42 %) relativ-mehrheitlich der Anteil derer überwiegt, welche eine Unzufriedenheit äußern.

Mit Reha-Maßnahmen sind wiederum nicht nur Befragte der Oberschicht absolut-mehrheitlich zufrieden (50 %), sondern auch jene der Mittelschicht relativ-mehrheitlich (43 %). Umfrageteilnehmer der Unterschicht sind hier relativ-mehrheitlich gegenteiliger Ansicht (46 %). Befragte, die nicht durch eine eigene Behinderung eingeschränkt sind, äußern relativ-mehrheitlich und somit deutlich öfter als jene, die durch eine Behinderung eingeschränkt sind, dass sie mit diesen zufrieden sind (43 zu 32 %). Letztere zeigen sich hingegen relativ-mehrheitlich und entsprechend deutlich öfter unzufrieden (48 zu 33 %).

Mit der Verfügbarkeit von Pflegepersonal für ambulante Pflege zu Hause sind einzig Umfrageteilnehmer der Oberschicht absolut-mehrheitlich zufrieden (50 %). Sowohl jene der Unter- als auch der Mittelschicht (je 54 %) sind jeweils absolut-mehrheitlich unzufrieden.

Die Verfügbarkeit von Pflegepersonal für Verhinderungspflege zu Hause schätzen sowohl Befragte aus dem ländlichen als auch aus dem städtischen Raum jeweils mehrheitlich als unzufriedenstellend ein, wobei letztere dies noch einmal öfter so befinden (53 zu 48 %). Landbewohner sind hier wiederum häufiger zufrieden (25 zu 20 %). Ebenfalls äußern sowohl Befragte mit als auch ohne Pflegegrad jeweils mehrheitlich eine Unzufriedenheit. Befragte ohne Pflegegrad tun dies jedoch deutlich öfter als jene mit (52 zu 39 %). Letztere sind indes deutlich öfter zufrieden (36 zu 21 %).

Wirft man einen Blick auf die Verfügbarkeit von Tagespflegeplätzen, so zeigt sich, dass obgleich sowohl Befragte, die durch eine eigene Behinderung eingeschränkt sind, als auch jene, die dadurch nicht eingeschränkt sind, diese mehrheitlich als unzufriedenstellend bewerten (48 bzw. 55 %), geben hier erstere häufiger das Gegenteil an (24 zu 15 %). Auch Befragte mit einem Pflegegrad sind deutlich häufiger mit der Verfügbarkeit von Tagesgeldplätzen zufrieden (36 zu 24 %), insgesamt in ihrer Bewertung aber gespalten (36 % zufrieden und 38 % unzufrieden). Umfrageteilnehmer, die keinen Pflegegrad haben, äußern absolut-mehrheitlich eine Unzufriedenheit (50 %).

Würden Sie für sich selbst im Falle einer Pflegebedürftigkeit eine häusliche Betreuung (z.B. durch Angehörige oder ambulante Pflegedienste) oder eine stationäre Betreuung in einer Pflegeeinrichtung oder anderen Wohnform bevorzugen?

Im Falle einer Pflegebedürftigkeit würde die absolute Mehrheit von 70 Prozent der Befragten (eher) eine häusliche Pflege bevorzugen. Lediglich zwölf Prozent wären eine stationäre Pflege lieber.

Sechs Prozent ist es egal, zehn Prozent wissen es nicht und ein Prozent macht hierzu keine Angabe.

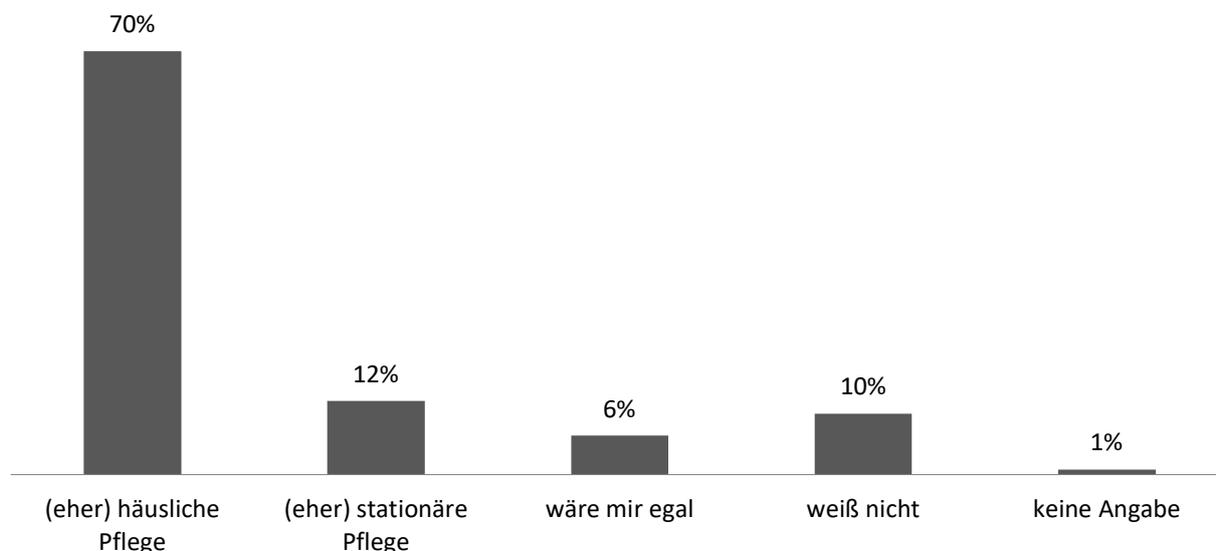


Abbildung 11 „Würden Sie für sich selbst im Falle einer Pflegebedürftigkeit eine häusliche Betreuung (z.B. durch Angehörige oder ambulante Pflegedienste) oder eine stationäre Betreuung in einer Pflegeeinrichtung oder anderen Wohnform bevorzugen?“

Je älter die Befragten sind, desto öfter würden sie (eher) eine häusliche Pflege präferieren, von 47 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen bis auf 81 Prozent bei den ab 60-Jährigen. Jedoch überwiegt dieser Anteil über sämtliche Altersgruppen hinweg jeweils (absolut-)mehrheitlich. Entsprechend umgekehrt sieht dieser Alterstrend bei jenen aus, welche (eher) eine stationäre Pflege favorisieren würden (von 26 auf 7 bzw. 8 %), aber auch bei den Befragten, die hier keine Präferenz haben (von 16 auf 4 %).

Sowohl Befragte, die städtisch als auch jene, die ländlich wohnen, präferieren jeweils absolut-mehrheitlich (eher) eine häusliche Pflege, wobei letztere dies noch einmal deutlich häufiger so angeben (76 zu 64 %). Städter sprechen sich indes öfter für eine stationäre Pflege aus (16 zu 10 %). Sie wissen hier aber auch öfter keine Antwort abzugeben (13 zu 8 %). Auch alle drei sozioökonomischen Schichten würden jeweils eine häusliche Pflege bevorzugen, wobei dieser Anteil bei den Oberschichtlern deutlich am geringsten ausfällt (59 zu 74 bzw. 73 %). Sie sprechen sich wiederum am häufigsten für eine stationäre Pflege aus (19 zu 9 bzw. 12 %). Es ist ihnen aber auch öfter als den anderen beiden Gruppen egal (13 zu 7 bzw. 6 %).

Wie groß oder gering würden Sie die Belastung durch die von Ihnen geleistete Pflegearbeit einschätzen?

Die Umfrageteilnehmer, welche derzeit jemanden aus ihrem Familien- oder Bekanntenkreis pflegen, schätzen die Belastung durch die von ihnen geleistete Pflegearbeit absolut-mehrheitlich (70 %, kumuliert) als eher (53 %) oder sehr groß ein (17 %). 27 Prozent (kumuliert) bewerten diese hingegen als eher (26 %) oder sehr gering (1 %). Zwei Prozent wissen es nicht und ein Prozent macht hierzu keine Angabe.

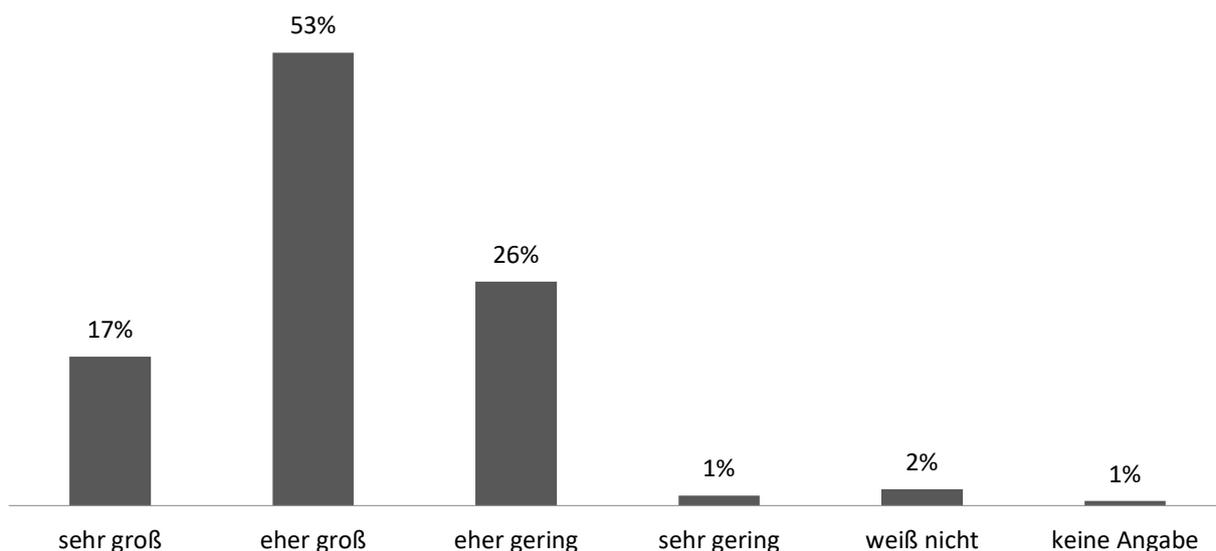


Abbildung 12 „Wie groß oder gering würden Sie die Belastung durch die von Ihnen geleistete Pflegearbeit einschätzen?“, n = 172 (nur Befragte, die aktuell jemanden aus ihrem Familien- oder Bekanntenkreis pflegen)

Auch wenn beide Wohnumgebungsgruppen jeweils absolut-mehrheitlich ihre Belastung für groß halten, tun dies Befragte, die ländlich wohnen, deutlich häufiger (76 zu 63 %). Stadtbewohner geben indes deutlich öfter das Gegenteil an (33 zu 23 %). Befragte mit eigener Behinderung, die derzeit jemanden pflegen, schätzen ihre Belastung deutlich öfter als jene ohne eigene Behinderung als groß ein (85 zu 66 %). Allerdings überwiegt dieser Anteil bei beiden Gruppen absolut-mehrheitlich. Befragte ohne eigene Behinderung geben indes deutlich öfter an, dass sie diese für gering befinden (31 zu 15 %).

Könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, Ihren Angehörigen selbst zu Hause zu pflegen?

Von den Befragten, die derzeit niemanden pflegen, gibt die absolute Mehrheit von 62 Prozent an, dass sie sich grundsätzlich vorstellen könnten, ihren Angehörigen selbst zu Hause zu pflegen. Ein Viertel (25 %) verneinet dies hingegen. Zwölf Prozent können und ein Prozent will diese Frage nicht beantworten.

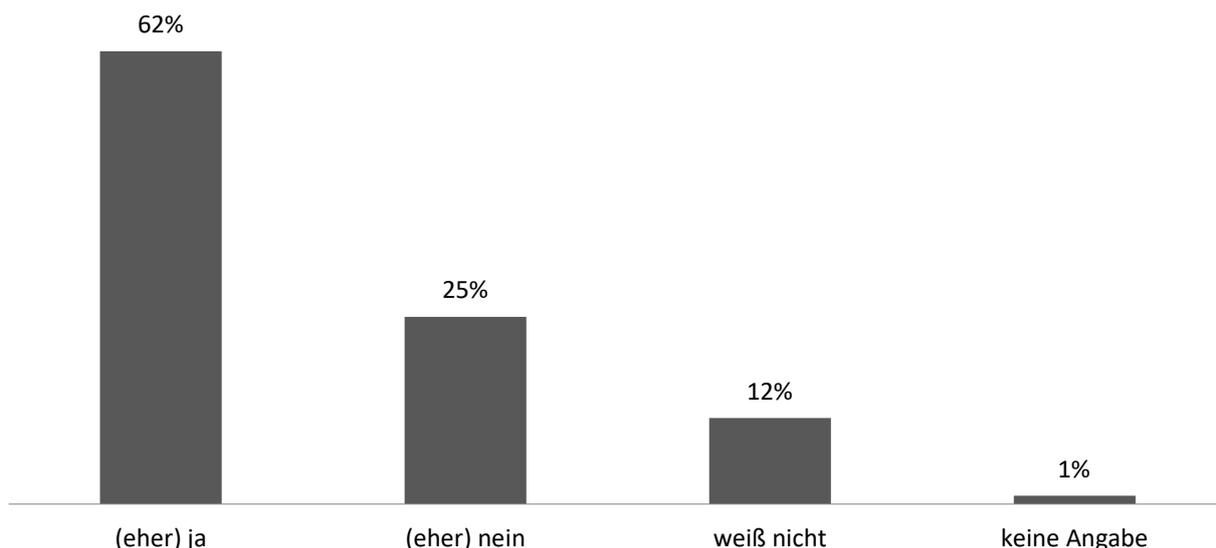


Abbildung 13 „Könnten Sie sich grundsätzlich vorstellen, Ihren Angehörigen selbst zu Hause zu pflegen?“, n = 828 (nur Befragte, die aktuell niemanden aus ihrem Familien- oder Bekanntenkreis pflegen)

Sowohl Befragte mit einer Behinderung im Familien- oder Freundeskreis als auch jene ohne, zeigen sich jeweils absolut-mehrheitlich bereit, ihren Angehörigen selbst zu Hause zu pflegen, wobei erstere dies noch einmal häufiger so angeben (68 zu 59 %). Letztere verneinen dies wiederum öfter (28 zu 23 %).

Erhalten pflegende Angehörige Ihrer Meinung nach genug gesellschaftliche Anerkennung in Thüringen?

Bei der Frage, ob pflegende Angehörige genug gesellschaftliche Anerkennung in Thüringen erhalten, negieren die Umfrageteilnehmer absolut-mehrheitlich (72 %). Lediglich 13 Prozent bewerten das aktuelle Ausmaß an Anerkennung als genug. 15 Prozent können und ein Prozent will hierzu keine Einschätzung abgeben.

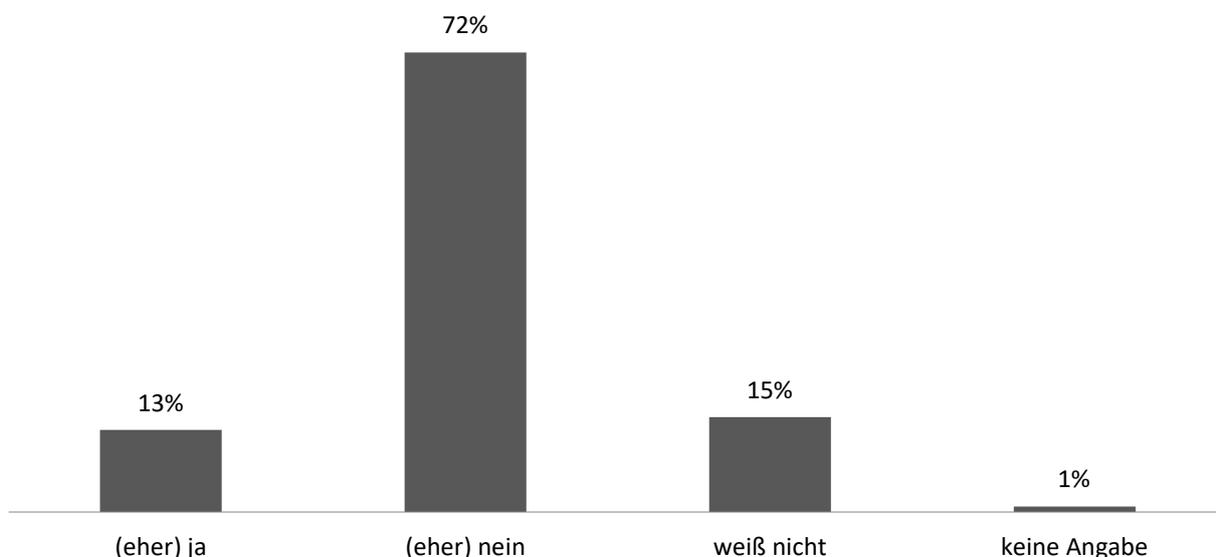


Abbildung 14 „Erhalten pflegende Angehörige Ihrer Meinung nach genug gesellschaftliche Anerkennung in Thüringen?“

Je höher der sozioökonomische Status der Befragten, desto häufiger bejahen sie hier, von sechs Prozent bei den Unterschichtlern bis auf 32 Prozent bei den Oberschichtlern. Der umgekehrte Verlauf findet sich indes bei jenen, welche der Meinung sind, dass pflegende Angehörige nicht genug gesellschaftliche Anerkennung bekommen (von 79 auf 57 %). Alle sozioökonomischen Gruppen geben dies jeweils absolut-mehrheitlich an.

Sollten pflegende Angehörige Ihrer Meinung nach mehr finanzielle Unterstützung erhalten?

Was die finanzielle Unterstützung für pflegende Angehörige angeht, so ist die absolute Mehrheit von 86 Prozent der Befragten der Meinung, dass diese mehr erhalten sollen. Lediglich sechs Prozent sprechen sich dagegen aus. Sieben Prozent können und ein Prozent will hierzu keine Auskunft erteilen.

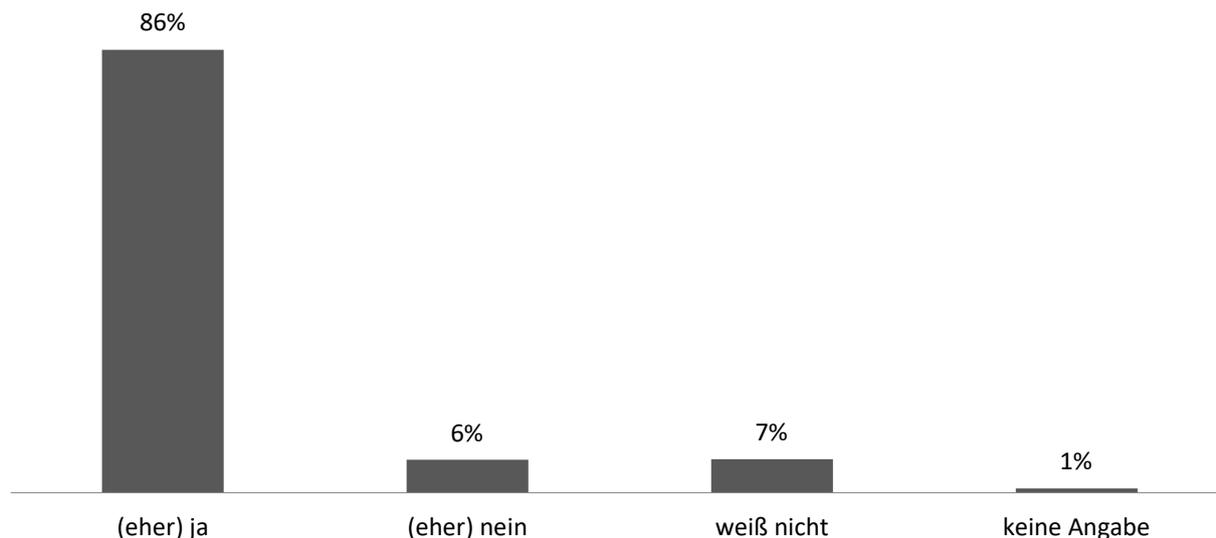


Abbildung 15 „Sollten pflegende Angehörige Ihrer Meinung nach mehr finanzielle Unterstützung erhalten?“

Mit steigender sozioökonomischen Schicht sinkt der Anteil an Umfrageteilnehmern, welche sich für mehr finanzielle Unterstützung für pflegende Angehörige aussprechen, von 94 Prozent bei den Befragten der Unterschicht bis auf 77 Prozent bei jenen der Oberschicht. Allerdings bejahen hier alle Gruppen jeweils absolut-mehrheitlich. Der umgekehrte Verlauf findet sich indes bei jenen, welche gegen eine größere finanzielle Unterstützung sind (von 3 auf 16 %). Befragte mit Pflegegrad bejahen hier deutlich seltener als jene ohne diesen (76 zu 88 %), obgleich beide Befragtengruppen hier jeweils absolut-mehrheitlich zustimmen. Befragte mit Pflegegrad sind wiederum deutlich häufiger der Ansicht, dass pflegende Angehörige nicht mehr finanzielle Unterstützung bekommen sollten (15 zu 5 %).

Haben es Menschen mit Behinderungen Ihrer Meinung nach leichter, schwerer oder genauso leicht/schwer (bei Bedarf) einen Pflegeplatz zu erhalten?

Die relative Mehrheit von 36 Prozent der Befragten ist der Meinung, dass es Menschen mit Behinderungen (eher) schwerer haben, einen Pflegeplatz zu erhalten. Etwa ein Drittel (32 %) geht wiederum davon aus, dass es für diese (in etwa) gleich leicht bzw. schwer ist. Neun Prozent schätzen es sogar als (eher) leichter ein. 21 Prozent können und ein Prozent will hierzu keine Antwort geben.

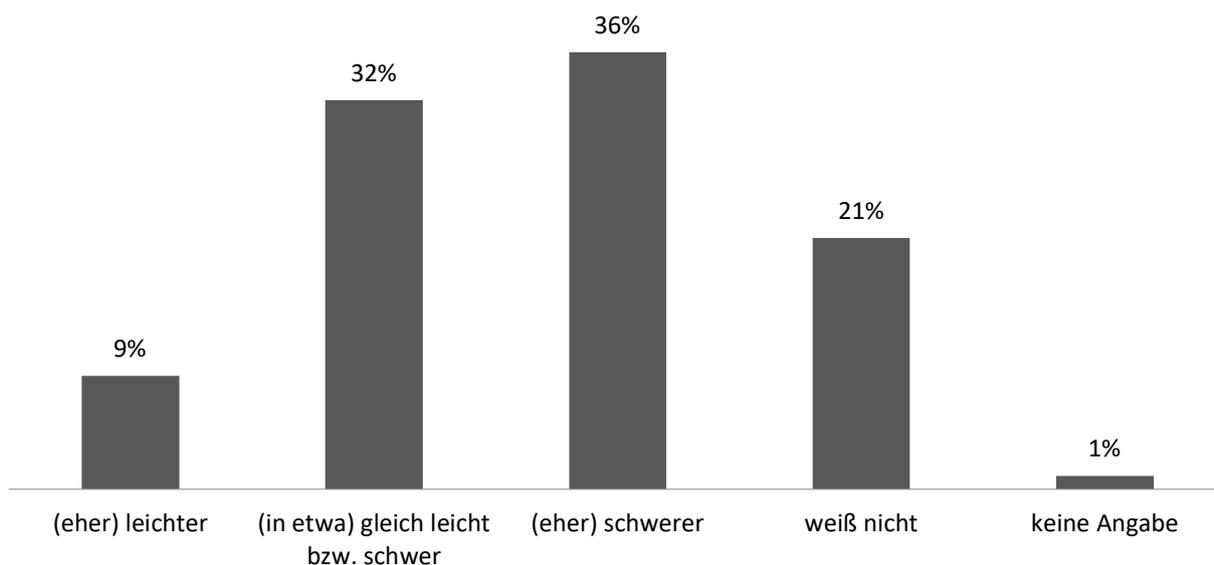


Abbildung 16 „Haben es Menschen mit Behinderungen Ihrer Meinung nach leichter, schwerer oder genauso leicht/schwer (bei Bedarf) einen Pflegeplatz zu erhalten?“

Während Umfrageteilnehmer mit Pflegegrad öfter sagen, dass es für Menschen mit Behinderungen (eher) leichter ist, einen Pflegeplatz zu bekommen (14 zu 9 %), meinen jene ohne Pflegegrad öfter, dass es (eher) schwerer ist (37 zu 31 %). Dies ist bei den letzteren auch die am häufigsten gegebene Antwort. Befragte mit Pflegegrad sind hingegen knapp relativ-mehrheitlich der Ansicht, dass dies (in etwa) gleich leicht bzw. schwer ist (34 %).

Wenn Sie selbst oder Angehörige/Freunde/Nachbarn schon Pflegeleistungen erhalten haben: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den folgenden Aspekten?

Von den Befragten, welche aktuell jemanden aus ihrem Familien- oder Bekanntenkreis pflegen oder selbst pflegebedürftig sind, gibt die absolute Mehrheit an, mit der Qualität der ambulanten Pflegeleistung zufrieden zu sein (54 %). Hinsichtlich der Qualität der stationären Pflegeleistung sind die Umfrageteilnehmer gespalten (35 % unzufrieden und 34 % zufrieden). Mit der Reaktion bzw. den Folgen bei Beschwerden über Pflegemängel im Zusammenhang mit stationären, ambulanten oder durch nahestehende Personen erbrachten Pflegeleistungen zeigt sich die relative Mehrheit unzufrieden (38 %, je kumuliert). Befragte, die selbst pflegebedürftig sind, geben absolut-mehrheitlich an, mit der Qualität der Pflegeleistung durch nahestehende Personen zufrieden zu sein (64 %, kumuliert). Zwischen 13 und 29 Prozent wissen hier keine Antwort abzugeben und ein bis drei Prozent machen hierzu keine Angabe.

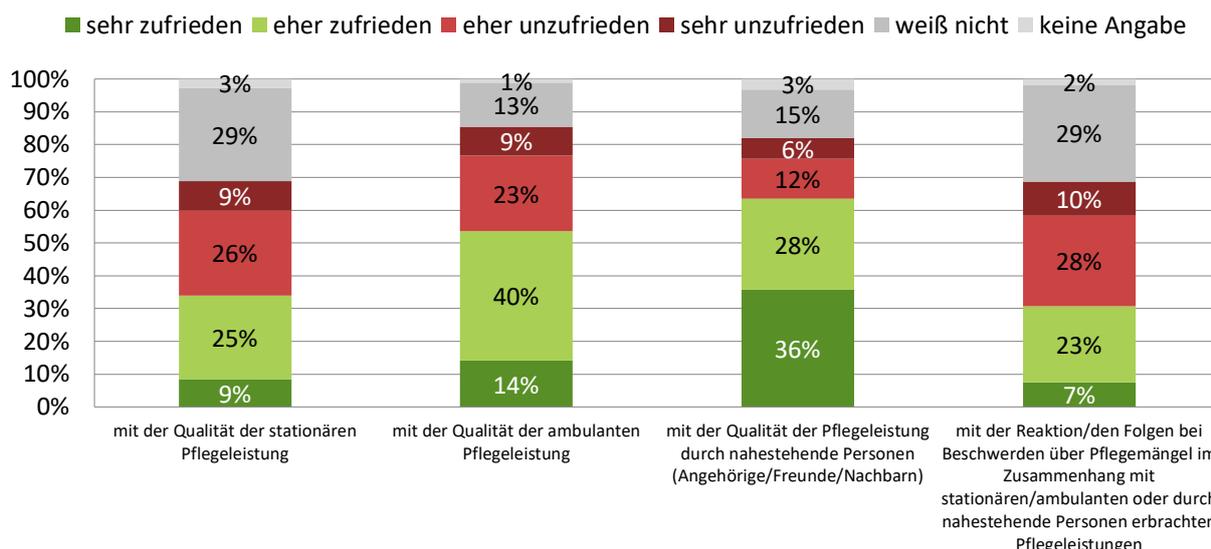


Abbildung 17 „Wenn Sie selbst oder Angehörige/Freunde/Nachbarn schon Pflegeleistungen erhalten haben: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den folgenden Aspekten?“, $n_{A1,A2,A4} = 232$ (nur Befragte, die aktuell jemanden aus ihrem Familien- oder Bekanntenkreis pflegen oder selbst pflegebedürftig sind), $n_{A3} = 82$ (nur Befragte, die selbst pflegebedürftig sind)

Wirft man einen Blick auf die Qualität der stationären Pflegeleistung, kann festgestellt werden, dass Befragte, die niemanden mit einer Behinderung im Familien- oder Freundeskreis haben, relativ-mehrheitlich und folglich deutlich häufiger zufrieden mit dieser sind (43 zu 31 %). Letztere zeigen sich indes relativ-mehrheitlich und somit deutlich am häufigsten unzufrieden damit (39 zu 26 %).

Mit der Qualität der ambulanten Pflegeleistung sind beide Geschlechtergruppen mehrheitlich zufrieden, wobei dieser Anteil bei Frauen deutlich höher als bei Männern ausfällt (58 zu 48 %). Männliche Befragte zeigen sich hingegen deutlich öfter unzufrieden (42 zu 24 %). Aufgeschlüsselt nach Wohnumgebungsgruppen zeigt sich, dass obgleich sowohl jene, die ländlich als auch diejenigen, die städtisch wohnen, absolut-mehrheitlich mit der Qualität zufrieden sind, geben dies erstere noch einmal häufiger an (57 zu 50 %). Stadtbewohner bewerten diese wiederum öfter als unzufriedenstellend (39 zu 27 %).

Umfrageteilnehmer, die selbst pflegebedürftig sind und städtisch wohnen, sind mit der Qualität der Pflegeleistung durch nahestehende Personen deutlich häufiger zufrieden als diejenigen, die im ländlichen Raum wohnhaft sind (73 zu 55 %). Nichtsdestoweniger stellt diese Antwort bei beiden Wohnumgebungsgruppen die häufigste dar. Befragte, die ländlich wohnen, sind damit entsprechend häufiger unzufrieden (23 zu 14 %), sie können oder wollen aber diese Frage auch häufiger nicht beantworten (22 zu 13 %). Umfrageteilnehmer mit einer Person mit Behinderung im Familien- oder Freundeskreis zeigen sich öfter als jene ohne mit der Qualität dieser Leistung zufrieden (67 zu 61 %). Allerdings überwiegt dieser Anteil bei beiden Befragtengruppen jeweils absolut-mehrheitlich. Befragte ohne Behinderung im Familien- oder Freundeskreis sind indes häufiger unzufrieden mit dieser Leistung (23 zu 15 %).

Durch den demografischen Wandel wird es zunehmend mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft geben. Wird dieser Umstand Ihrer Meinung nach von den Thüringer Kommunen (Stadt und Landkreise) ausreichend berücksichtigt (z.B. Barriereabbau durch Bordsteinabsenkung an Ampelübergängen, barrierefreier Einstieg in ÖPNV-Fahrzeuge, Vorlesefunktion auf Internetseiten bei Ämtern und Behörden etc.)?

Die absolute Mehrheit von 60 Prozent der befragten Thüringer ist nicht davon überzeugt, dass der Umstand, dass es durch den demografischen Wandel zunehmend mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft geben wird, von den Thüringer Kommunen ausreichend berücksichtigt wird. Gut ein Fünftel (22 %) bejaht hier hingegen. 16 Prozent wissen es nicht und ein Prozent macht hierzu keine Angabe.

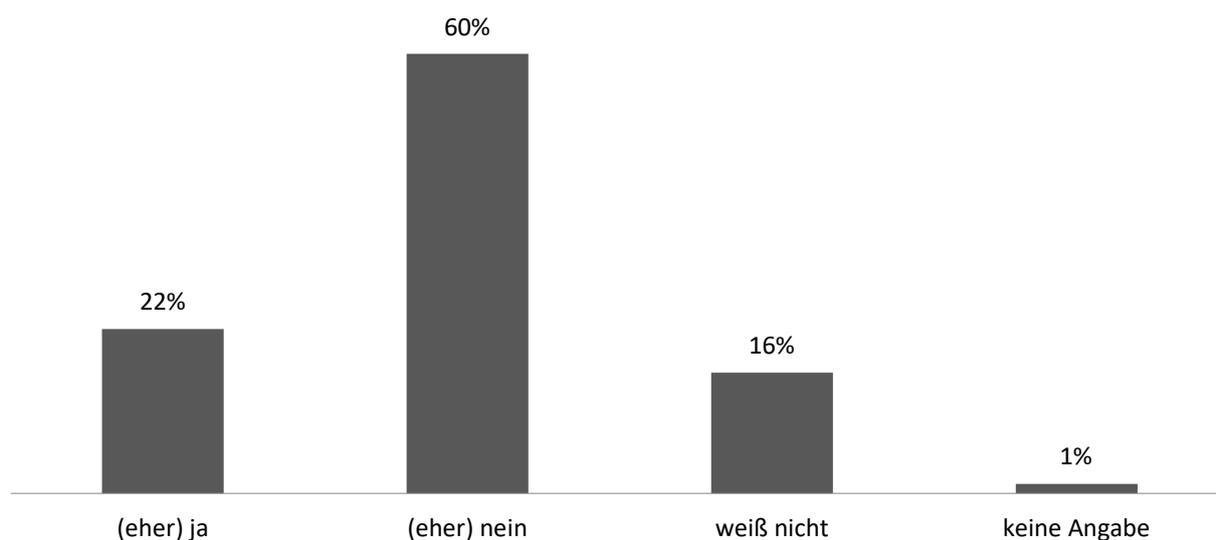


Abbildung 18 „Durch den demografischen Wandel wird es zunehmend mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft geben. Wird dieser Umstand Ihrer Meinung nach von den Thüringer Kommunen (Stadt und Landkreise) ausreichend berücksichtigt (z.B. Barriereabbau durch Bordsteinabsenkung an Ampelübergängen, barrierefreier Einstieg in ÖPNV-Fahrzeuge, Vorlesefunktion auf Internetseiten bei Ämtern und Behörden etc.)?“